Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand

Entwurf

| vom | | | | | |
|-----|--|--|--|--|--|
| | | | | | |

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ... ¹, beschliesst:

T

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990² über die direkte Bundessteuer

Art. 14 Besteuerung nach dem Aufwand

- ¹ Natürliche Personen haben das Recht, anstelle der Einkommenssteuer eine Steuer nach dem Aufwand zu entrichten, wenn sie:
 - a. nicht das Schweizer Bürgerrecht haben;
 - in der Schweiz erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Landesabwesenheit steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt nehmen: und
 - in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben.
- ² Die Steuer wird nach den jährlichen, in der Bemessungsperiode im In- und Ausland entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person und der von ihr unterhaltenen, in der Schweiz lebenden Personen, mindestens aber nach dem höchsten der folgenden Beträge bemessen:
 - a. 400 000 Franken:
 - b. für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Mietzinses oder des Mietwerts nach Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe b;
 - c. für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises für Unterkunft und Verpflegung am Ort des Aufenthalts nach Absatz 1 Buchstabe b;
 - d. der Summe der Bruttoerträge:

SR

¹ BBl ...

² SR 642.11

- der Einkünfte aus dem in der Schweiz gelegenen unbeweglichen Vermögen,
- 2. der Einkünfte aus der in der Schweiz gelegenen Fahrnis,
- der Einkünfte aus dem in der Schweiz angelegten beweglichen Kapitalvermögen, einschliesslich der grundpfändlich gesicherten Forderungen,
- der Einkünfte aus den in der Schweiz verwerteten Urheberrechten, Patenten und ähnlichen Rechten.
- der Ruhegehälter, Renten und Pensionen, die aus schweizerischen Ouellen fliessen.
- der Einkünfte, für die die steuerpflichtige Person aufgrund eines von der Schweiz abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung g\u00e4nzlich oder teilweise Entlastung von ausl\u00e4ndischen Steuern beansprucht.

Art. 205d (neu) Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Für natürliche Personen, die nicht das Schweizer Bürgerrecht haben und die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom nach dem Aufwand besteuert wurden, gilt während fünf Jahren weiterhin Artikel 14 des bisherigen Rechts.

2. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990° über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden

Art. 6 Besteuerung nach dem Aufwand

a. nicht das Schweizer Bürgerrecht haben;

³ Die Steuer wird nach dem ordentlichen Steuertarif (Art. 214 Abs. 1 und 2) berechnet.

⁴ Der Bundesrat erlässt die zur Erhebung der Steuer nach dem Aufwand erforderlichen Vorschriften. Er kann eine von Absatz 2 abweichende Steuerbemessung und Steuerberechnung vorsehen, wenn dies erforderlich ist, um den in Absatz 1 erwähnten steuerpflichtigen Personen die Entlastung von den Steuern eines ausländischen Staates zu ermöglichen, mit dem die Schweiz ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen hat.

¹ Der Kanton kann natürlichen Personen das Recht zugestehen, anstelle der Einkommens- und Vermögenssteuer eine Steuer nach dem Aufwand zu entrichten, wenn sie:

³ SR **642.14**

- in der Schweiz erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Landesabwesenheit steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt nehmen; und
- c. in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben.
- ² Die Steuer, die anstelle der Einkommenssteuer tritt, wird nach den j\u00e4hrlichen, in der Bemessungsperiode im In- und Ausland entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person und der von ihr unterhaltenen, in der Schweiz lebenden Personen, mindestens aber nach dem h\u00f6chsten der folgenden Betr\u00e4ge bemessen:
 - a. einem vom Kanton festgelegten Mindestbetrag;
 - b. für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Mietzinses oder des Mietwerts;
 - c. für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises für Unterkunft und Verpflegung am Ort des Aufenthalts nach Absatz 1 Buchstabe b;
 - d. der Summe der Bruttoerträge:
 - des in der Schweiz gelegenen unbeweglichen Vermögens und von dessen Einkünften,
 - 2. der in der Schweiz gelegenen Fahrnis und von deren Einkünften,
 - des in der Schweiz angelegten beweglichen Kapitalvermögen, einschliesslich der grundpfändlich gesicherten Forderungen, und von dessen Einkünften,
 - 4. der in der Schweiz verwerteten Urheberrechte, Patente und ähnlichen Rechte und von deren Einkünften,
 - der Ruhegehälter, Renten und Pensionen, die aus schweizerischen Quellen fliessen,
 - der Einkünfte, für die die steuerpflichtige Person aufgrund eines von der Schweiz abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung g\u00e4nzliche oder teilweise Entlastung von ausl\u00e4ndischen Steuern beansprucht.

Art. 72m (neu) Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die Änderung vom ...

³ Die Steuer wird nach dem ordentlichen Steuertarif (Art. 11 Abs. 1) berechnet.

⁴ Die Kantone bestimmen, wie die Besteuerung nach dem Aufwand die Vermögenssteuer abgilt.

¹ Die Kantone, die die Besteuerung nach dem Aufwand vorsehen, passen ihre Gesetzgebung auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom ... dem Artikel 6 an.

Nach dem Inkrafttreten der Änderung findet Artikel 6 für Kantone, die die Besteuerung nach dem Aufwand vorsehen, direkt Anwendung, wenn das kantonale

Recht ihm widerspricht. In diesem Fall erlässt die Kantonsregierung die erforderlichen vorläufigen Bestimmungen.

Art. 78e (neu) Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Für natürliche Personen, die nicht Schweizer Bürger sind und die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom nach dem Aufwand besteuert wurden, gilt während fünf Jahren weiterhin Artikel 6 des bisherigen Rechts.

II

- ¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.
- ² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.